

Wilson's Note an Oesterreich-Ungarn.**Berechtigte Einwendungen in Wien.**

✧ **Wien, 21. Okt. (Telegr.)** Wilson's Antwort ist hier schneller eingetroffen, als man nach der halbamtlichen Washingtoner Mitteilung angenommen hatte, wonach erst die deutsche Rückantwort abgewartet werden sollte. Warum diese Absicht geändert wurde, ist hier nicht bekannt. Die Antwort Wilson's erscheint in jenem vagen amerikanischen Stil abgefaßt, der einige nicht sehr klare Sätze mit agitatorischen Phrasen verbindet. Inhaltlich hat sie durch die Aufgabe von Wilson's Friedensprogramm überrascht, da Wilson bekanntlich nach Burians selbständigem Friedensschritt am 15. September eine Antwort darauf für überflüssig erklärt hat, weil sein Friedensprogramm ohnehin bekannt sei, und das Ereignis, das er jetzt als den einen Grund für die Änderung seiner Bedingungen angibt, die Anerkennung des tschecho-slowakischen Nationalrates als de facto kriegführende Regierung durch die Vereinigten Staaten, schon damals vorlag. Ubrigens führt Wilson die beiden Tatsachen, die ihn zur Änderung seiner Stellung veranlassen, unrichtig an, denn damals erkannten die Vereinigten Staaten den tschecho-slowakischen Nationalrat in Paris noch nicht als die Vertretung der militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken an, wie ihn auch der Prager tschechische Nationalausschuß in seiner Kundgebung vom Samstag nicht als solche anerkannt, sondern sich selbst für den einzigen legalen Vertreter des Willens des ganzen tschecho-slowakischen Volkes und aller seiner Parteien erklärt hat. Die auf die Südslawen bezügliche Bedingung seines Programms muß keineswegs als eine Anerkennung der nationalen Freiheitsbestrebungen derselben im weitestgehenden Sinne aufgefaßt werden. Eine Antwort auf die österreichisch-ungarische Note ist Wilson's Note überhaupt nicht, denn auf den Vorschlag Oesterreich-Ungarns auf Abschluß eines Waffenstillstandes und Einleitung der Friedensverhandlungen antwortet sie nicht. Oesterreich-Ungarns Rückantwort wird auf alles das höflich hinweisen und erwähnen, daß das kaiserliche Manifest inzwischen Oesterreichs Völker aufgefordert hat, ihre Rechte selbst zu bestimmen.

Aus der Wiener Presse.

✧ **Wien, 21. Okt. (Telegr.)** Wilson's Antwort an Oesterreich-Ungarn wird von den Montagsblättern nicht eben fassungs-voll aufgenommen. Der Morgen, der Wilson immer als Friedenshort betrachtet hat, sieht ihn jetzt infolge der Preisgabe des Friedensprogramms völlig im Fahrwasser des Verbandes, der Oesterreich-Ungarn zertrümmern wolle, und fordert deshalb die Deutschösterreicher auf, ihre Geschicke schleunigst in die eignen Hände zu nehmen. Die Sonn- und Montagszeitung findet Wilson's Antwort an den entscheidenden Stellen gewollt unklar, meint aber, daß zwei Tatsachen daraus deutlich hervorgehen: sie lehne den Antrag der Monarchie nicht ab, ermögliche vielmehr durch Ton und Inhalt die Fortsetzung der Erörterung, und sie gebe den Slawen Oesterreich-Ungarns den Willen des Verbandes zu verstehen, er wolle die Regelung der österreichisch-ungarischen Nationalitätenfragen nicht der allgemeinen Friedenskonferenz überlassen, sondern durch eine Verständigung innerhalb der Monarchie durchgeführt sehen. Das letzte hält das Blatt für einen Schlag gegen die Tschechen, die am Samstag zu Prag in der Versammlung ihres Nationalausschusses eben erst erklärt haben, daß die tschecho-slowakische Frage eine internationale sei, und daß es für die Tschechen keine Verhandlungen mit Wien gebe.

Der Eindruck in Ungarn.

✧ **Budapest, 21. Okt. (Telegr.)** Die Lansing'sche Note wird in Ungarn nicht als friedensfördernd beurteilt. Man mißbilligt nicht so sehr die Inkonsequenz Wilson's in der Behandlung der Nationalitätenfrage, als vielmehr die Zumutung, daß sich Ungarn von tschechischen und jugoslawischen Führern vorschreiben lassen müßte, welche Teile des ungarischen Staatsgebiets abgetreten werden sollen. Es wird sich kaum eine ungarische Regierung finden, die geneigt wäre, mit den tschecho-slowakischen und jugoslawischen Nationalräten zu verhandeln, geschweige denn, sie als Richter anzuerkennen. Verhandelt kann nur mit den im eignen Bereich des ungarischen Staates lebenden Slowaken und Kroaten werden, unter Wahrung der Gebietsunverletzlichkeit des Landes. Die Slowaken Ungarns zeigen auch gar keine Geneigtheit, sich vor den Wagen der Tschechen spannen zu lassen, selbst nicht die Vertreter der extremsten Richtung. Der Abgeordnete Turiga forderte im Parlament das Selbstbestimmungsrecht für seine Nation nicht im Namen des tschecho-slowakischen, sondern eines slowakischen Nationalrats. Immer häufiger werden Kundgebungen der slowakischen Bevölkerung, die Einspruch erhebt gegen die Einmischung der Tschechen in die Angelegenheiten der ungarländischen Slowaken. Nicht umsonst nahm der tschechische Nationalrat in Prag lebhafte gegen die Volksabstimmung der Slowaken Stellung. Was Verhandlungen mit den Kroaten anlangt, so dürfte die Möglichkeit dazu, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, vorhanden sein. Die kroatischen Ansprüche auf die Murinsel sein 782qkm großes fruchtbares Gebiet zwischen der Mur und der Drau haben von der dortigen wendischen Bevölkerung eine scharfe Zurückweisung empfangen. Die nunmehr an Amerika abzuschickende Note wird — so nimmt man in ungarischen politischen Kreisen an — den Faden der Friedensmöglichkeit nicht abreißen lassen, sondern trachten, aus dem in der Nationalitätenfrage schlecht unterrichteten Wilson einen besser unterrichteten Wilson zu machen.